

Amtliche Bekanntmachungen

der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

INHALT	SEITE
Regelungen zur Konkretisierung der Corona-Epidemie-Hochschulverordnung des Landes NRW vom 15.04.2020 (GV.NRW.2020 S. 298) vom 7.05.2020	2
Verfahrenshinweis	5

**Regelungen zur Konkretisierung der
Corona-Epidemie-Hochschulverordnung
des Landes NRW vom 15.04.2020 (GV.NRW. 2020 S. 298)
vom 07.05.2020**

Aufgrund des § 82 a Absatz 1 des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG) vom 16.09.2014 (GV. NRW. S. 547), zuletzt geändert durch das Gesetz zur konsequenten und solidarischen Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Nordrhein-Westfalen und zur Anpassung des Landesrechts im Hinblick auf die Auswirkungen einer Pandemie (GV.NRW. S. 218b) in Verbindung mit der „Verordnung zur Bewältigung der durch die Coronavirus SARS-CoV-2-Epidemie an den Hochschulbetrieb gestellten Herausforderungen“ (Corona-Epidemie-Hochschulverordnung) vom 15.4.2020 (GV.NRW. 2020 S. 298) hat das Rektorat der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf folgende Ordnung erlassen:

§ 1 Geltungsbereich

Diese Ordnung gilt für alle Bachelor- und Masterstudiengänge der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf mit Ausnahme der Studiengänge der Juristischen Fakultät.

§ 2 Beschlussfassung durch Gremien

Die Regelung des § 5 Corona-Epidemie-Hochschulverordnung (CEHVO) findet auch auf Prüfungsausschüsse Anwendung.

§ 3 Online-Prüfungen

Online-Prüfungen im Sinne von § 6 CEHVO sind in allen Studiengängen zulässig.

§ 4 Änderung der Prüfungsform, des Prüfungszeitpunkts und der Dauer von Abschlussarbeiten (§7 Absatz 1 CEHVO)

- (1) Dozierende können für die Durchführung einer Modulprüfung eine andere Prüfungsform wählen als in der Prüfungsordnung bzw. dem Modulhandbuch vorgesehen. Für die Studierenden besteht auch dann keine Verpflichtung zur Teilnahme an einer Prüfung mit entsprechend geänderter Prüfungsform, wenn die Regelungen der Prüfungsordnung eine solche Verpflichtung vorsehen.
- (2) Prüfungen können auch außerhalb der in den Prüfungsordnungen vorgesehenen Prüfungszeiträume angesetzt werden.
- (3) Der Prüfungsausschuss kann die Frist für die Abgabe von Abschlussarbeiten auf schriftlichen Antrag im Einzelfall oder für ganze Studiengänge verlängern. Sofern in der Prüfungsordnung nähere Regelungen zur Durchführung von Abschlussarbeiten vorgesehen sind, kann der Prüfungsausschuss diese Regelungen aussetzen bzw. ändern.

§ 5 Von Prüfungsordnungen abweichende Regelungen (§7 Absatz 2 CEHVO)

(1) Prüfungsvoraussetzungen:

Der Prüfungsausschuss kann die gemäß Prüfungsordnung vorgesehenen Voraussetzungen für die Teilnahme an einer Prüfung aussetzen, sofern die äußeren Umstände dazu führen, dass die Studierenden an der rechtzeitigen Erbringung der Voraussetzungen gehindert sind.

(2) Nichterbringung von Prüfungsleistungen, Rücktritt:

Bis auf Weiteres wird ein Nichtantreten bei einer Klausur als zulässiger Rücktritt gewertet.

Bei mündlichen Prüfungsleistungen kann ein Rücktritt bis 12:00 Uhr am Vortag vor der Prüfung erfolgen. Der Rücktritt kann direkt gegenüber dem Prüfer/ der Prüferin erklärt werden.

§ 6 Benotung von Prüfungen (§7 Absatz 3 CEHVO)

Der Prüfungsausschuss kann festlegen, dass einzelne Prüfungsleistungen entgegen den Regelungen in der Prüfungsordnung unbenotet sind und nur mit „bestanden“ oder nicht „bestanden“ gewertet werden. In diesem Fall trägt die entsprechende Leistung nicht zur Berechnung der Gesamtnote bei.

§ 7 Prüfungen ohne Studierendenstatus (§7 Absatz 3 CEHVO)

In Fällen einer sozialen Notlage ist die nachträgliche Exmatrikulation zum Ende des jeweils vorhergehenden Semesters zulässig, wenn die oder der Studierende die Exmatrikulation unmittelbar (in der Regel zwei Wochen) nach Ablegung einer Prüfung beantragt, die bei regeltem Studienablauf eigentlich dem vorhergehenden Semester zugeordnet ist. Dies gilt auch, wenn es sich bei der Prüfungsleistung um eine Abschlussarbeit handelt, die im vorhergehenden Semester angemeldet wurde und die weniger als zwei Monate nach Semesterbeginn abgegeben wird.

§ 8 Zusätzliche Wiederholungsprüfung (§7 Absatz 4 CEHVO)

Zu jeder Modulprüfung, die im Sommersemester 2020 abgelegt und nicht bestanden wird, erhalten Studierende einen zusätzlichen Wiederholungsversuch. Diese Regelung greift für jede Modulprüfung nur einmal.

§ 9 Durchführung von Lehrveranstaltungen (§8 CEHVO)

Eine Änderung der Art und Weise, in der eine Lehrveranstaltung durchgeführt wird, ist für alle Lehrveranstaltungen zulässig. Die studentische Arbeitsbelastung und die Lernergebnisse sollen dabei so weit wie möglich erhalten bleiben. Die Entscheidung über einen Wechsel der Lehrform treffen die Modulverantwortlichen.

Der Prüfungsausschuss kann im begründeten Einzelfall bestimmen, dass der Umfang einzelner Lehrveranstaltungen verändert und entsprechend die Bewertung mit Leistungspunkten geändert wird. Wird die Zahl der Leistungspunkte für eine Pflichtveranstaltung verringert, so muss den Studierenden gleichzeitig die Möglichkeit eröffnet werden, die fehlenden Leistungspunkte auf anderem Weg zu erwerben.

§ 10 Regelstudienzeit (§10 CEHVO)

Das Sommersemester 2020 wird bei der Zählung der Fachsemester nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Studiengänge mit staatlichen Abschlussprüfungen, wenn die entsprechenden staatlichen Regelungen eine Erhöhung der Regelstudienzeit um ein Semester vorsehen.

§ 11 Einschreibung in Master-Studiengang (§12 Absatz 1 CEHVO)

Die Frist in § 49 Abs. 6 Satz 5 HG verlängert sich bei den zum Sommersemester 2020 und den zum Wintersemester 2020/21 in den Masterstudiengang Eingeschriebenen auf zwölf Monate.

§ 12 Bekanntgabe von Änderungen bei Lehrveranstaltungen und Prüfungen

Änderungen an Lehrveranstaltungen und Prüfungen, die gemäß dieser Ordnung vorgenommen werden, müssen den betroffenen Studierenden von den jeweils Verantwortlichen umgehend bekannt gemacht werden. Ist die Erbringung von Prüfungsleistungen betroffen, so müssen die Änderungen spätestens 4 Wochen vor der jeweiligen Prüfung den Studierenden und, sofern Verwaltungsprozesse betroffen sind, auch der Studierenden- und Prüfungsverwaltung bekannt gemacht werden.

Ausgefertigt aufgrund des Beschlusses des Rektorates der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf vom 07.05.2020.

Düsseldorf, den 07.05.2020

Die Rektorin
der Heinrich-Heine-Universität
Düsseldorf



Anja Steinbeck
(Univ.-Prof.' in Dr. jur.)

Verfahrenshinweis

Es wird darauf hingewiesen, dass die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften dieses Gesetzes oder des Ordnungs- oder des sonstigen autonomen Rechts der Hochschule gegen eine Ordnung der Hochschule nach Ablauf eines Jahres seit ihrer Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

1. die Ordnung ist nicht ordnungsgemäß bekannt gemacht worden,
2. das Rektorat hat den Beschluss des die Ordnung beschließenden Gremiums vorher beanstandet,
3. der Form- oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Hochschule vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt, oder
4. bei der öffentlichen Bekanntmachung der Ordnung ist auf die Rechtsfolge des Rügeausschlusses nicht hingewiesen worden. Die aufsichtsrechtlichen Befugnisse nach § 76 HG bleiben unberührt.